

(Abgeordneter Blüher.)

- (A) Deshalb, glaube ich, wird es unsere Aufgabe heute sein, laut den Ruf zu erheben, daß unsere Reichsregierung, wie es in Berlin Erzberger erklärt und wie es der Reichsfinanzminister Schiffer zugesagt hat, auf dem Boden des Wilsonschen Rechtsfriedens steht und jeder Abspaltung dieser für uns so teuren und wertvollen Gebiete entgegentritt. Das würde ich für die bedeutungsvollste Aufgabe der Volkstammer am heutigen Tage halten; und ich würde meinen, daß wir uns zu einer solchen Kundgebung heute vereinigen möchten.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Dr. Grabnauer.

Ministerpräsident Dr. Grabnauer: Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, auf die Einzelheiten, die in der Erörterung des gestrigen Tages und in den Ausführungen meines Herrn Vorredners hervorgetreten sind, jetzt zu antworten. Es wird sich Gelegenheit finden bei den besonderen Beratungen, auf die mannigfachen Anregungen wertvoller Art, die gegeben worden sind, zurückzukommen. Ich habe nur die Absicht, auf einige besondere Fragen, die die Herren Vorredner des gestrigen und heutigen Tages behandelt haben, einzugehen.

- (B) Zunächst begrüße ich es durchaus, wenn von mehreren Rednern auch jetzt noch ein besonderer Dank an unsere Truppen, die zurückgekehrt sind und deren Formationen aufgelöst werden, gerichtet wurde. Es ist gesagt worden, auch die Regierung hätte in jetziger Stunde solche Worte sprechen sollen. Es gibt aber doch wohl niemanden, der darüber irgend einen Zweifel haben könnte, daß wir, die wir jetzt die Regierung bilden, von heißem Dank für unsere braven Truppen erfüllt waren und sind. Dieser Dank ist von unserer Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, wir haben ihn insbesondere deutlich und umfassend zum Ausdruck gebracht, als unsere Truppen in unsere Stadt eingezogen sind. Das Schicksal unseres Heeres ist so tragisch, wie es selten ein Heer erfahren hat. Nach großen Erfolgen, nach unendlicher Tapferkeit ist das Schicksal Deutschlands ein unheilvolles geworden. Aber ich glaube, daß der ungünstige Ausgang des Krieges niemanden dahin beeinflussen kann, unseren Truppen den größten Dank zu wissen. Sie haben die Jahre hindurch mit höchster Aufopferung für die Verteidigung unseres Landes gekämpft, und wenn ihnen auch der Erfolg nicht beschieden war, so werden doch die Taten, die sie verrichtet haben in diesen schweren Jahren, in die Zukunft fortleuchten. Unsere braven Männer des Volkes, die draußen gekämpft haben, sind nicht durch

ihre eigene Schuld unterlegen, sondern es ist die ungeheure Übermacht, die auf der anderen Seite stand, die uns dieses Schicksal bereitet hat. Aber über unseren Dank kann kein Zweifel sein.

Ich möchte mich ferner mit einigen Worten mit den Ausführungen des Herrn Vorredners über unsere Vertretung bei den Friedensverhandlungen befassen. Zunächst möchte ich einige allgemeine Bemerkungen machen über die Vertretung Sachsens und auch anderer Einzelstaaten bei der Reichsleitung. Die gegenwärtige Regierung bemüht sich seit Monaten, die Vertretung der sächsischen Interessen bei der Reichsleitung in möglichst umfassendem Maße zu erreichen. Wir wissen, daß durch die Reichsverfassung die bestehenden Befugnisse des Reiches noch weit verstärkt werden sollen. Gerade auf dem Gebiete der Auslandsvertretungen werden die Einzelstaaten in ihren bisherigen Rechten weit zurückgedrängt. Wir haben bei den Beratungen im Staatenausschuß Verzicht geleistet auf bisherige selbständige Rechte Sachsens, wir haben diesen Verzicht unter dem Gesichtspunkte geleistet, daß wir verlangen, daß die Vertretung Sachsens sowohl in politischer wie in wirtschaftspolitischer Beziehung beim Reiche selbst in Zukunft besser und stärker sein müsse als bisher. Wir haben Sicherungen dafür gefordert, daß der Einfluß der einzelnen Teile Deutschlands nicht vermindert wird, sondern daß er möglichst erhalten und gestärkt wird. Wir haben in der Vergangenheit sehr häufig Veranlassung gehabt, uns darüber zu beklagen, daß die Interessen der Einzelstaaten, besonders die wirtschaftlichen, an den Reichsstellen nicht genügend berücksichtigt worden sind. Wir haben gesehen, daß oft Gesetzesentwürfe und Entwürfe von Verordnungen, die bei den Reichsstellen gemacht wurden, so spät an die Einzelregierungen herangekommen sind, daß die Möglichkeit gefehlt hat, sich noch rechtzeitig in genügender Fühlung mit den verschiedenen Wirtschaftskreisen zu setzen, deren Meinung einzuholen und sie dann bei den Reichsstellen von Regierung wegen weiter zu vertreten. Diese Klagen wünschen wir bei der Neuordnung des Auslandsdienstes abgestellt zu sehen. Der Auslandsdienst Deutschlands muß auf eine neue Grundlage gestellt werden, die Interessen der Einzelstaaten müssen im Reichsdienst genügend zum Ausdruck kommen. Es fehlte bisher vielfach an den Reichsstellen die genügende Kenntnis der Tatsachen und der Interessen der einzelnen Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens. Und darum streben wir darnach, daß in Zukunft sächsische Wirtschaftssachverständige den Reichsstellen im Ausland beigegeben werden. Wir wünschen, daß die Sachkenntnis, die diese Wirtschaftssachverständigen haben, in den Dienst des Reiches gestellt werde, damit